

Niederschrift

46. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.01.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:03 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Kathleen Krause	SPD	bis 19:45 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP
-------------------	-------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE
----------------------	-----------

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	von 18:15 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Kai Okurka	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Martina Wilczynski	Fraktion SPD	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Frau Martina Trauth	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Carmen Bangeow	salus prävention Potsdam
Frau Sophia Eltrop	Geschäftsführerin Stadtwerke Potsdam
Frau Sigrun Rabbe	Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Herr Frank Thomann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Stefan Frerichs	Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2018 und vom 11.12.2018 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle des Chill out e.V. für Kinder und
Jugendliche
- 5 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle der salus prävention Potsdam für
Erwachsene
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 18/SVV/0735
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18
- Wiedervorlage -
- 6.2 Errichtung und Betrieb von Büro-, medizinischen Werk- und Laborflächen für
innovative KMU aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft (MED:IN)
Vorlage: 18/SVV/0854
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.3 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen
Vorlage: 18/SVV/0871
Fraktion DIE LINKE

- 6.4 Vereinbarung zwischen Stadt Brandenburg an der Havel und der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0885
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0865
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 7.2 Verständigung zur Kundenbefragung in der Ausländerbehörde gemäß Beschluss 18/SVV/0771
- 7.3 Vorstellung Ergebnisse der 4. Befragungswelle "Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum"
- 7.4 Abschluss des Projektes Gewino (Gesundheitswissenschaftliches Institut Nordost) gemäß Beschluss 17/SVV/0383 - Verpflichtung der LHP gem. § 9 SGB XI, Übersendung von Impulsen an das MASGF für eine Pflegestrukturplanung
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2018 und vom 11.12.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 20.11.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die Niederschrift zur Sitzung vom 11.12.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Frau Eisenblätter informiert, dass der TOP 6.3 „Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen“ (DS 18/SVV/0871) fachlich durch Frau Eltrop (EWP) vertreten wird. Da Frau Eltrop durch einen Paralleltermin zeitlich sehr gebunden ist, sollte der Tagesordnungspunkt abhängig von der Anwesenheit von Frau Eltrop aufrufen werden.

Frau Eisenblätter verweist auf den „Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018“, der als TOP 7.1 auf der Tagesordnung steht. Da es sich um ein umfangreiches Papier handelt, schlägt sie vor, die heutige Behandlung der Drucksache vom Sitzungsablauf anhängig zu machen und die Befassung ggf. auf die Februarsitzung zu verschieben und dann als Schwerpunktthema zu beraten.

Sie weist darauf hin, dass die Vorstellung der Ergebnisse der 4. Befragung „Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum“ bereits in der Maisitzung 2018 erfolgt ist. Somit kann der TOP 7.3 entfallen.

Herr Thomann wird im TOP „Sonstiges“ eine Information zur Gemeinschaftsunterkunft auf dem Brauhausberg geben.

Abschließend schlägt Frau Eisenblätter vor einen nicht öffentlichen Teil aufzunehmen, in dem Herr Thomann eine Information zum Schreiben des Trägers L.I.K.E. GmbH, dass auch an die Fraktionen ging, geben.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Von Seiten des **Seniorenbeirates** gibt es keine Berichterstattung. Herr Puschmann teilt mit, dass die nächste Beiratssitzung am 28.01.2019 im Kulturhaus Babelsberg stattfindet. Er lädt die Mitglieder des GSI-Ausschusses dazu ein.

Frau Kiss informiert, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** die Inklusive Woche und die Verleihung des Inklusionspreises vorbereitet. Es werden Runde Tische zum Thema Teilhabe geplant. Die Termine für die Arbeitsgruppen stehen jetzt fest. Frau Kiss verweist auf den bevorstehenden Umzug des Beirates und betont, dass dieser mit Problemen behaftet ist, da unbedingt eine Barrierefreiheit gegeben sein muss. Dazu gibt es derzeit einen regen Austausch mit dem Kommunalen Immobilien Service.

Ein weiteres großes Thema, das im Jahr 2019 bearbeitet werden muss, ist der Umbau des Rathauses im Hinblick auf die Barrierefreiheit. Aber auch das Thema Pflege und Gesundheit wurde aufgenommen und soll bearbeitet werden.

zu 4 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle des Chill out e.V. für Kinder und Jugendliche

Frau Tietz (Chill out e.V.) stellt anhand einer Präsentation die Fachstelle für Konsumkompetenz vor und geht auf die Bereiche/Einrichtungen ein, in denen Präventionsarbeit geleistet wird, aber auch Beratungen und Fortbildungen durchgeführt werden.

Anschließend stellt sie die Netzwerkpartner vor und geht dann auf die erreichten Dialoggruppen ein sowie auf die Umsetzungsebene und Inhalte der Maßnahmen. Auf Nachfrage informiert sie über die Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam und betont dabei, dass Chill out e.V. bei Fallkonferenzen nicht einbezogen ist, da die Tätigkeit vorwiegend im Bereich der Prävention erfolgt. Im

Rahmen des Kinderschutzes erfolgt eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt. Frau Tietz gibt einen Überblick über die erbrachten Fachleistungsstunden und stellt zusammenfassend fest, dass das Beratungsangebot gut durch Jugendliche, Angehörige und Multiplikator/-innen angenommen wird. Abschließend stellt sie den neuen Flyer vor, der auch in leichter Sprache herausgegeben wird. Sie verweist auf die gute Zusammenarbeit mit Frau Hayn, die als Koordinatorin für Suchtprävention im Fachbereich Soziales und Gesundheit tätig ist, sowie mit anderen Trägern. Die Zusammenarbeit mit Schulen wird weiter ausgebaut. Abschließend macht Frau Tietz darauf aufmerksam, dass die Ausschreibungsbedingungen für kleine Träger schwer sind. Die Leistungsentgeltfinanzierung bedeutet einen großen Unsicherheitsfaktor.

Auf Nachfrage zu Unterschieden im Konsumverhalten zwischen Jungen und Mädchen erklärt Frau Hayn, dass es bei legalen Substanzen und Cannabis keine signifikanten Unterschiede in Potsdam gibt. Bei den illegalen Substanzen sind die männlichen Konsumenten risikofreudiger.

zu 5 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle der salus prävention Potsdam für Erwachsene

Frau Bangeow (salus prävention Potsdam) stellt anhand einer Präsentation die Suchtpräventionsstelle der salus Klinik vor. Sie stellt zunächst die Suchtpräventionsangebote vor und erläutert die Ziele der Suchtprävention. Dabei verweist sie auf die Fach- und Führungskräftebildungen und Workshops sowie auf die Fachkräfte-Einzelberatungen, die angeboten und durchgeführt werden. Sie teilt mit, dass es auch Kooperationen mit anderen Einrichtungen gibt. Anschließend erläutert sie die Online-Selbsthilfe-Programme.

Frau Bangeow gibt einen Überblick über die geleisteten Fachleistungsstunden 2017 im Vergleich zu 2018. Sie geht dann auf die Öffentlichkeitsarbeit ein und stellt die Aktivitäten vor und verweist dabei auf die einzelnen Flyer.

Auf Nachfrage erklärt sie, dass die Suchtpräventionsfachstelle in diesem Jahr die ersten Fach- und Führungskräftebildungen in der Stadtverwaltung durchführt. Sie erklärt, dass es derzeit noch keine Flyer in leichter Sprache gibt und nimmt dies als Anregung für die Zukunft mit.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld Vorlage: 18/SVV/0735

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18
- Wiedervorlage -

Frau Eisenblätter erinnert an den Vorschlag von Frau Schulze, den Antrag lediglich zur Kenntnis zu nehmen, da keine direkte Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist. Sie schlägt vor, sich dem Vorschlag anzuschließen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Errichtung und Betrieb von Büro-, medizinischen Werk- und Laborflächen für innovative KMU aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft (MED:IN)

Vorlage: 18/SVV/0854

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Frerichs (Bereich Wirtschaftsförderung) bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Auf Nachfrage erklärt er, dass derzeit noch keine Aussage zum Geschäftsführer der Transfergesellschaft getroffen werden kann.

Des Weiteren führt er auf Nachfrage aus, dass davon ausgegangen wird, dass 2020 mit dem Bau begonnen werden kann.

Bezüglich der Finanzierung erklärt Herr Frerichs, dass zwei Drittel über Fördermittel finanziert werden.

Frau Tietz bittet um Zurückstellung des Antrages, da dieser sehr umfangreich ist.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass der Antrag bereits am 05.12.2018 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und von dort überwiesen wurde. Somit bestand ausreichend Zeit, sich damit zu befassen. Der Hauptausschuss wird die Drucksache am 23.01.2019 beraten.

Nach einer kurzen Abstimmung verständigen sich die Ausschussmitglieder über die sofortige Abstimmung.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Das Vorhaben MED:IN, das die Errichtung und den Betrieb von Büro- und medizinischen Werk- und Laborflächen für innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft vorsieht, ist durch eine 100%ige Enkelgesellschaft der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH zu planen und umzusetzen.
2. Dem Verkauf von 100% der Geschäftsanteile der MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Bad Belzig GmbH an der Medizinisches Versorgungszentrum Berlin-Charlottenburg GmbH zu einem Kaufpreis in Höhe von 25 T€ an die Ernst von Bergmann Diagnostik GmbH wird zugestimmt.
3. Der Umfirmierung des Medizinischen Versorgungszentrums Berlin-Charlottenburg GmbH in Ernst von Bergmann Innovation-Transfer-Gesellschaft mbH (EvB ITG) sowie die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Medizinischen Versorgungszentrum Berlin-Charlottenburg GmbH gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für die Errichtung und den Betrieb des MED:IN einen Antrag auf Förderung durch die Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg zur Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“-GRW - (GRW-I) zu stellen und
2. eine Vereinbarung über die Verwendung von Fördermitteln mit der Ernst von Bergmann Innovations-Transfer und Entwicklungsgesellschaft mbH (EvB ITG) nach Vorlage eines entsprechenden Förderbescheides final zu verhandeln und abzuschließen (Eckdaten zur vorgesehenen vertraglichen Ausgestaltung gemäß Anlage 3).

**Abstimmungsergebnis:
mit 1 Zustimmung und 5 Enthaltungen angenommen.**

zu 6.3 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen
Vorlage: 18/SVV/0871
Fraktion DIE LINKE

Frau Eisenblätter informiert, dass der vorliegende Antrag bereits im Finanzausschuss beraten und durch diesen abgelehnt wurde.

Frau Eltrop (Geschäftsführerin Stadtwerke Potsdam) erklärt, dass aktuell geprüft wird, ob und wie eine Anknüpfung an den Wohnberechtigungsschein erfolgen kann. Sie weist darauf hin, dass es bereits drei unterschiedliche Familientarife sowie einen Sondertarif für Senioren und einen für junge Menschen, die ihren eigenen Wohnraum gründen, gibt. Ein entsprechendes Konzept zur Abfederung steigender Energiepreise, ggf. in Form eines Bonussystems, soll noch in diesem Jahr erarbeitet werden. Sie möchte die Debatte im GSI-Ausschuss aufgreifen und entsprechend transportieren.

Frau Schulze erklärt, dass Anlass für den Antrag die aktuelle Anhebung der Energiepreise zum 01.01.2019 war. Sie fragt, an welche Zeiten die einzelnen Bonus-Programme gebunden sind. Frau Schulze betont, dass Möglichkeiten eruiert werden sollen, um die Bedingungen für bestimmte Zielgruppen zu verbessern.

Frau Krause hält dies für den falschen Ansatz. Sie spricht sich dafür aus, das WBS-System zu betrachten. Sie spricht sich für ein Konzept gegen Armut aus, das nachhaltig wirkt.

Frau Eisenblätter schließt sich dem an und weist darauf hin, dass auch die Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft aktuell überarbeitet und angehoben wird. Sie schlägt vor, zu verabreden, dass der GSI-Ausschuss informiert wird, wenn es dazu etwas zu berichten gibt.

Frau Schulze fragt, in wieweit eine Abstimmung mit der Wohnungssicherung erfolgt.

Frau Eltrop erklärt, dass es zur Wohnungssicherung gute Kontakte im Zusammenhang der Vermeidung von Wohnungslosigkeit gibt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Stadtwerken einen Vorschlag für Maßnahmen zu einer sozialen Abfederung der steigenden Energiepreise zu erarbeiten.

Ziel ist es, für sozial benachteiligte Familien und Personen in Potsdam Erleichterungen im

Ausgleich für steigende Energiepreise einzuräumen.

Der Vorschlag ist der Stadtverordnetenversammlung im März 2019 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:
mit 3 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen abgelehnt.**

**zu 6.4 Vereinbarung zwischen Stadt Brandenburg an der Havel und der
Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 18/SVV/0885

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Auf Nachfrage erklärt er, dass die Vereinbarung bereits gelebt wird. Die Kostenübernahme durch die Stadt Brandenburg an der Havel erfolgt bereits.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der
Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam schließt mit der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen überregionalen Fachberatungsdienst für die soziale Beratung und Betreuung (Migrationsberatungsdienst) von Flüchtlingen ab.

Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.01.2018 und endet am 31.12.2019. Sollte der Betreibervertrag vom 14.12.2017 gemäß § 12 Abs. 1 des Betreibervertrages verlängert werden, so verlängert sich dementsprechend auch die öffentlich-rechtliche Vereinbarung. In dem Betreibervertrag hat die Landeshauptstadt Potsdam ein zweimaliges Optionsrecht, den Betreibervertrag um jeweils ein Jahr zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 18/SVV/0865

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Die Drucksache wird vertagt.

**zu 7.2 Verständigung zur Kundenbefragung in der Ausländerbehörde gemäß
Beschluss 18/SVV/0771**

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) verweist auf den als Tischvorlage ausgereichten Muster-Fragebogen und erklärt, dass Anfang Dezember 2018 eine Abstimmungsrunde zwischen dem Bereich Statistik und Wahlen und der Ausländerbehörde stattgefunden hat. Hier wurde über die Fragebogengestaltung, die Stichprobengröße und die Erhebungsart mit den jeweilig damit verbunden Kosten beraten.

Zu beachten ist, dass für die Zielgruppe der Befragung ein einfach verständlicher Erhebungsbogen verwendet wird, der ggf. zweisprachig zu verfassen ist.

Die Fragestellungen orientieren sich an den vorangegangenen

Kundenbefragungen, um Tendenzen, Entwicklungen bzw. Veränderungen ableiten zu können.

Der Verwendung von Smileys wird hier der Vorrang eingeräumt.

Als optimal wird es angesehen, die Fragebögen direkt bei jedem Kundentermin in der ABH über einen Zeitraum von mindestens 8 Wochen auszugeben. Der Fragebogen wird mit einem erklärenden Anschreiben und Hinweisen auf Anonymität und Datenschutz versehen.

Er kann schnell beantwortet und mit dem beigefügten Freiumschlag zurückgesandt werden.

Für eine mögliche Online-Teilnahme ist der Fragebogen mit einem QR-Code versehen.

Ziel ist es, mindestens 2.400 Fragebögen auszugeben, um einen auswertbaren Rücklauf zu erhalten. Die Befragung ist für den Zeitraum Mitte Februar 2019 bis Mitte April 2019 geplant.

Nach abgeschlossener Vorabstimmung erfolgt die Beteiligung des Personalrates und des Datenschutzbeauftragten der LHP.

Als nächster Schritt erfolgt die Abstimmung mit dem Welcome-Center der Uni Potsdam und dem Migrantenbeirat. Ggf. ist auch die Teilnahme von Mitgliedern des GSI-Ausschusses möglich.

Frau Grasnack (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) lobt die Einbeziehung des Migrantenbeirates. Aus ihrer Sicht ist der Fragebogen sehr allgemein gehalten.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) weist darauf hin, dass das Schriftbild des Fragebogens sehr klein ist, was insbesondere für Menschen mit einer Sehbehinderung problematisch ist.

Frau Sudhoff schildert zwei Einzelfälle und bittet zu ermöglichen, dass in Ausnahmefällen auch kurzfristige Termine in der Ausländerbehörde vergeben werden, insbesondere wenn dies für eine Arbeitsaufnahme notwendig ist. In einem der geschilderten Einzelfälle sollen die Mitarbeitenden des ABH unfreundlich gewesen sein.

Frau Tietz spricht sich dafür aus, den Fragebogen in weiteren Sprachen zur Verfügung zu stellen.

Frau Kiss bittet, den Fragebogen übersichtlicher zu gestalten, da dieser schwer zu erfassen ist.

Frau Eifler merkt an, dass bei den aufgeführten Gründen „Arbeitsaufnahme/Arbeitsangelegenheiten“ fehlt.

zu 7.3 Vorstellung Ergebnisse der 4. Befragungswelle "Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum"

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die Vorstellung bereits im Mai 2018 erfolgt ist.

zu 7.4 Abschluss des Projektes Gewino (Gesundheitswissenschaftliches Institut Nordost) gemäß Beschluss 17/SVV/0383 - Verpflichtung der LHP gem. § 9 SGB XI, Übersendung von Impulsen an das MASGF für eine Pflegestrukturplanung

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass es ein Projekt „Pflegekennzahlen der Kommunen“ gibt. Hier wurden Kommunen von der AOK Nordost angefragt, ob sie daran teilnehmen möchten. Die Landeshauptstadt Potsdam hat das Angebot angenommen. Die Daten sind in den Seniorenplan eingeflossen. Eine spezielle Sozialraumauswertung für Potsdam wird jetzt möglich und wird abgefordert.

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) ergänzt, dass dazu ein Vertrag mit GEWINO geschlossen wurde und die Daten dann in einem halben Jahr vorliegen sollen. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung initiiert.

zu 8 Sonstiges

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass das Gebäude der zum Ende des Jahres 2018 aufgegebenen Gemeinschaftsunterkunft am Brauhausberg mit einer Gesamtkapazität von 472 Plätzen an den Eigentümer übergeben wurde. Das Mobiliar wurde zum Teil an andere Träger übergeben bzw. eingelagert. Der Kinderspielplatz wurde abgebaut und steht nun der Förderschule am Bisamkiez zur Verfügung.

Frau Schulze spricht die Fachtagung zur Stadtteilarbeit an und fragt, wie weit der Stadt der Vorbereitung ist und wann der Fachtag stattfinden soll.

Des Weiteren bittet Sie um eine Information zum Sachstand der Überarbeitung des Antrages zur Frühförderung sowie zur Veränderung der Struktur des Fachbereichs Soziales und Gesundheit.

Herr Thomann erklärt, dass es noch keine verbindliche Information zur Strukturveränderung geben kann, da der Personalrat dieser noch nicht zugestimmt hat.

Er sagt zu, in der nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses die gewünschten Informationen zu geben.

Frau Grasnack informiert, dass am 23.01.2019; 15:30 Uhr im Treffpunkt Freizeit eine Projektpräsentation zur Ausstellung des Jugendfotoprojektes „STORIES ON THE MOVE“ stattfindet. Sie reicht Flyer zur Ausstellung an die Mitglieder des GSI-Ausschusses aus.

Nächste Sitzung des GSI-Ausschusses: 19. Februar 2019, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin